

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie  
= Swiss journal of sociology

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

**Band:** 6 (1980)

**Heft:** 3

  

**Artikel:** Soziologisches Wissen und politisches Handeln

**Autor:** Mayntz, Renate

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-814465>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## SOZIOLOGISCHES WISSEN UND POLITISCHES HANDELN

*Renate Mayntz*

Institut für angewandte Sozialforschung der Universität,  
Greinstrasse 2, 5000 Köln 41, BRD.

---

Das über dem 5. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie stehende Thema "Soziologie in der Praxis" besitzt offensichtlich für unser Fach eine ganz besondere Bedeutung. Während die in unserer Disziplin jeweils aktuellen Themen sonst regelmässig wechseln, ist die Beziehung zwischen Sozialwissenschaft und Praxis heute mindestens genauso aktuell wie vor zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren, als darüber auch schon Bücher geschrieben und auf Kongressen geredet wurde. Es wäre sicher vordergründig, diese fortdauernde Aktualität des Themas allein damit erklären zu wollen, dass mit dem Anwachsen unseres Faches und den Millionenbeträgen, die inzwischen jährlich von öffentlichen Stellen für Sozialforschung ausgegeben werden<sup>1</sup>, die Sozialwissenschaft unter einen gewissen Rechtfertigungsdruck geraten ist und nachzuweisen bemüht ist, dass sie für die vielen von ihr verbrauchten Steuergelder auch etwas Nützliches tut. Entscheidender scheint mir zu sein, dass die Beziehung zwischen Wissenschaft und Praxis für uns, die Wissenschaftler, ein prinzipielles Problem ist, bei dem es im Kern um unser eigenes Selbstverständnis, um die Identität der Disziplin geht. Als Soziologen wissen wir sehr gut, dass die Wissenschaft als ein ausdifferenziertes gesellschaftliches Teilsystem in mehrfachen funktionellen Bezügen steht und einerseits Wissen um des Wissens willen, andererseits Wissen für die Verwendung in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen erzeugt.<sup>2</sup> Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Spannung, die wir im Alltag vor allem als Konflikt zwischen Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung erleben, z.B. wenn es um Fragen der Forschungspolitik, der finanziellen Förderung oder der Beurteilung wissenschaftlicher Einzelleistungen geht. Für die Praxis mag die Nutzung soziologischen Wissens am Ende nur ein praktisches Problem sein; für uns selbst ist sie eine Grundsatzfrage, und das allein schon sichert ihr bleibende Aktualität.

Unter den Anwendungsbereichen, von denen die Rede ist, wenn über die Beziehung von Wissenschaft und Praxis gesprochen wird, stehen Politik und öffentliche Verwaltung, also der Bereich des politischen Handelns mit Abstand an erster Stelle. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die Anwendung soziologischen Wissens im politischen Bereich eine besonders hohe Durchschlagskraft gewinnen kann, weil der Staat der mächtigste einzelne Akteur in der Gesellschaft

<sup>1</sup> Vgl. etwa die Angaben im Bundesbericht Forschung V (1975), S. 81, wo man für 1974 auf ein Ausgabensoll von Bund und Ländern für Forschungen im Bereich der Sozial- und Humanwissenschaften in Höhe von 982,1 Mio DM kommt; im Bundesbericht Forschung VI, der neuere Ausgabenstatistiken enthält, fehlt die entsprechende Untergliederung.

<sup>2</sup> Hierzu ausführlicher Niklas Luhmann, S. 20 ff.

ist. Die Beziehung zwischen Sozialwissenschaft und Politik berührt zugleich sehr viele verschiedene Anwendungsbereiche, d.h. der potentielle Einfluss ist nicht nur intensiv, sondern auch extensiv. So können etwa kriminalsoziologische Erkenntnisse für die Reform des Strafgesetzbuches und den Strafvollzug von Bedeutung werden, medizinsoziologische Erkenntnisse gehen in die staatliche Gesundheitspolitik ein, ganz zu schweigen von dem Einfluss der Bildungssoziologie auf die Gestaltung des öffentlichen Schulwesens einschliesslich der Ausbildung der Lehrer und der Bestimmung der Lehrpläne. Die Politik ist insofern der wichtigste Kanal, über den soziologisches Wissen eine Vielzahl von Praxisbereichen erreicht.

Die meisten Erörterungen der Beziehung zwischen Sozialwissenschaft und Politik verlaufen nach einem gemeinsamen Grundschema. Zuerst wird argumentiert, wie gross die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse für ein politisches Handeln ist, das steuernd auf gesellschaftliche Prozesse einwirken will. Dann wird konstatiert, dass gemessen an dieser potentiell grossen Bedeutung die faktische Nutzung sozialwissenschaftlicher Kenntnisse durch die Politik unzureichend ist, und schliesslich wird nach den Ursachen für diese unzureichende Nutzung gefragt.<sup>3</sup> Dabei wird durchaus zugegeben, dass daran nicht nur die mangelhafte Rezeptivität der Anwender oder die Probleme der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis Schuld sind, sondern auch gewisse Defizite aufseiten der Sozialwissenschaft, deren Beseitigung – etwa durch eine entsprechende Forschungsförderungspolitik – die Brauchbarkeit soziologischen Wissens für die Politik und damit auch seine Nutzung erhöhen müsste. Ich will die geläufigsten Argumente hier einmal kurz zusammenfassen.

Was zunächst die wahrgenommenen Defizite aufseiten der Wissenschaft angeht, so erscheinen diese im wesentlichen quantitativer Natur, d.h. man konstatiert, dass wir bestimmte Wirkungszusammenhänge noch nicht hinreichend erkannt haben, dass die Zahl gesicherter sozialer Gesetzmässigkeiten noch gering ist usw. Nur wo eine längerfristig betriebene Grundlagenforschung bereits Wissen produziert hat, wird es möglich, dem Politiker auf Anfrage ad hoc anwendungsbezogene Ratschläge zu geben. Da diese Voraussetzung oft fehlt, stellt sich das immer wieder berufene Zeitproblem: Beginnt der Wissenschaftler erst zu forschen, wenn ein Problem bereits als akut lösungsbedürftig erkannt ist, dann kommt er mit seinen Ergebnissen für den unter Handlungszwang stehenden Politiker in aller Regel zu spät. Die praktische Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaft wird damit weitgehend zu einer Frage der themenbezogenen Forschungsförderung und der Forschungsorganisation.

Besonders intensiv sind verständlicherweise die Gründe für die begrenzte Aufnahmebereitschaft für soziologisches Wissen auf Seiten der Anwender erforscht worden. Hier sind sich zunächst alle darüber klar, dass die Informationsverarbeitungskapazität derer, die in Politik und Verwaltung Entscheidungen vorbereiten

<sup>3</sup> Um nur einige der einschlägigen neueren Publikationen zu nennen vgl. Sabine Kudera (1979).

und treffen, schon rein zeitlich oft eng begrenzt ist. Hinzu kommt zweitens das schlichte Faktum einer eher psychologisch zu erklärenden begrenzten Lernbereitschaft, die aber keineswegs nur Politikern und Ministerialbeamten eignet. Praktisch bedeutsamer, weil prinzipiell leichter zu verändern, ist der durch die Ausbildung geprägte und später durch das Organisationsklima verstärkte Denkstil der potentiellen Anwender. Wie eine neuere Untersuchung in der Bundesrepublik gezeigt hat (Bruder, 1980), findet man bei hohen Ministerialbeamten eine besonders positive Einstellung zu den Sozialwissenschaften und der Nutzung ihrer Ergebnisse dann, wenn sie im Laufe ihrer Ausbildung selber mit diesen Disziplinen in Berührung gekommen sind und wenn sie ausserdem einen Vorgesetzten haben, der das Interesse seiner Mitarbeiter für die Ergebnisse der Sozialforschung nicht als Zeitverschwendung abtut, sondern selber unterstützt und z.B. durch eine gute Beurteilung honoriert: das administrative Beförderungssystem als Triebkraft der Wissensdiffusion!

Was schliesslich den Prozess der *Vermittlung* zwischen Wissenschaft und politischer Praxis angeht, wird immer wieder das Problem der verschiedenen Fachsprachen oder, anders gewendet, des oft unverständlichen Soziologenjargons erwähnt. Gerade an diesem Punkt liesse sich übrigens die grundsätzliche Spannung gut demonstrieren, in die der Wissenschaftler bis hin zu Fragen des sprachlichen Ausdrucks durch die Ambivalenz seiner Orientierung an der eigenen Profession einerseits und den potentiellen Verwendern seines Wissens andererseits gerät. Betrachtet man das Vermittlungsproblem mehr von der institutionellen Seite her, dann rücken Einrichtungen wie die wenigstens in der Bundesrepublik sehr verbreiteten Beratungsgremien, Ausschüsse und Kommissionen in den Vordergrund, die u.a. auch soziologisches Expertenwissen in die gesetzentwickelnde Ministerialbürokratie hinein vermitteln sollen.<sup>4</sup>

So richtig alle diese hier nur kurz berührten Hinweise auf Vermittlungsprobleme, auf die mangelhafte Rezeptivität der Anwender und die Lücken in unserem Wissen auch sind – sie scheinen mir an einem ganz wesentlichen Aspekt des Problems vorbeizugehen. Ich habe selber über lange Jahre hinweg als Mitglied von Regierungskommissionen, als Gutachter für Ministerien und im Zusammenhang mit ausdrücklich anwendungsbezogener Forschung die Probleme der Beziehung von Sozialwissenschaft und Politik erlebt. Dabei ist mir zunehmend klargeworden, dass der Grund für viele Missverständnisse, die auch bei gutem Willen auf beiden Seiten immer wieder auftreten, in einer Art von rationalistischem Vorurteil liegt. Beide Seiten teilen nämlich eine – wenn auch meist unausgesprochen bleibende – Modellvorstellung von der Beziehung zwischen Wissenschaft und Praxis, derzufolge die praktische Verwendung von Wissenschaft darin besteht, dass man wissenschaftliche Aussagen über gesetzmässige Zusammenhänge auf konkrete Einzelfälle, sprich bestimmte lösungsbedürftige Probleme anwendet. Die Wissen-

<sup>4</sup> Zum Problem der Vermittlung vgl. auch Friedhelm Neidhardt, S. 324-342; Neidhardt betont, dass Vermittlung kein Verwischen der Unterschiede von Wissenschaft und Praxis, sondern gerade umgekehrt deren Anerkennung in den gegenseitigen Erwartungen der beiden Parteien verlange.

schaft liefert dabei Aussagen des Typus “Wenn A – dann B” oder “B” variiert als Funktion von “A”, woraufhin der politisch Handelnde, der B gern erzeugen oder verändern möchte, weiss, welches Mittel er einzusetzen hat. Die entsprechende Vorstellung von Wissenschaft wird heute für uns vor allem durch Karl Popper repräsentiert. Man findet diese Vorstellung aber schon in den methodologischen Schriften Max Webers, der – einmal abgesehen von den Möglichkeiten wissenschaftlicher Wertediskussion – der Wissenschaft zunächst einmal die Aufgabe zuwies, das politische Handeln bei gegebenen Zielen in einem, wie er sagte, technischen Sinne zu rationalisieren (Weber, 1956, zu 186-310). An Max Weber anschliessend hat später Jürgen Habermas die betreffende Vorstellung der Beziehung von Wissenschaft und Politik als dezisionistisch bezeichnet (Habermas, 1966 und 1968), womit er vor allem betonen wollte, dass hier der Wissenschaftler qua Wissenschaftler von der politischen Zielsetzung ausgeschlossen ist, die auf letztlich nicht weiter begründbaren Wertentscheidungen beruht. Mir selber scheint es wichtiger zu betonen, dass in diesem Modell Wissen *instrumentell* auf Handeln bezogen ist<sup>5</sup>, das heisst, die Nutzung geschieht absichtsvoll und bewusst, sie geschieht zum Zwecke der rationalen Lösung von Sachproblemen, und das benutzte Wissen ist auch tatsächlich dazu geeignet, in diesem instrumentellen Sinn benutzt zu werden. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass diese Annahmen falsch sind oder doch nur eine Teilwahrheit darstellen, und welche Konsequenzen sich daraus für die tatsächliche Beziehung zwischen Sozialwissenschaft und politischem Handeln ergeben.

Lassen Sie mich mit einigen Überlegungen dazu beginnen, wieweit soziologisches Wissen denn tatsächlich von der Art ist, dass es auf die geschilderte Weise instrumentell nutzbar wäre. Dabei beziehe ich mich ausdrücklich auf das Realphänomen und nicht irgendeine Normvorstellung von soziologischem Wissen. Soziologie als reales soziales Phänomen ist das, was von Soziologen produziert und von anderen als Soziologie gekauft und gelesen wird. Dieser real existierenden Sozialwissenschaft fehlt der instrumentelle Charakter weitgehend.

Zunächst einmal ist klar, dass ein auf theoretische Verallgemeinerungen abzielendes Wissen sowieso nicht unmittelbar in konkreten Handlungssituationen nutzbar ist, sondern erst einer Übersetzung bedarf. Dabei muss vor allem die Bedeutung all der Faktoren abgeschätzt werden, die in der verallgemeinernden theoretischen Aussage in die “black box” der “ceteris paribus”-Klausel gesteckt wurden. Die praktische politische Notwendigkeit, die Wirkung einer Massnahme mit hoher Genauigkeit vorhersagen zu können, erfordert es, alle Faktoren der besonderen Situation, in der sie durchgeführt werden soll, mit in Betracht zu ziehen. Das wiederum bedeutet, dass man z.B. bei Aussagen über die wahrscheinliche Wirkung einer bestimmten politischen Massnahme nicht mehr mit Gesetzmässigkeiten des Typs “Wenn A – dann B” oder “B” variiert als Funktion von “A” arbeiten kann, sondern dass man etwas über die Wirkung ganz spezifischer und höchst komplexer Faktorenkombinationen wissen muss. Gerade diese Art von

<sup>5</sup> Auch Carol Weiss meint “When people discuss the use of social research for policy making, the usual meaning involves a direct and instrumental application” (1977, Introduction, S. 11).



Wissen ist jedoch typischerweise im Lagerhaus soziologischer Erkenntnisse nicht abrufbar gespeichert. Genausowenig verfügen wir über Wissen, das nach Art eines Kochrezepts in Form leicht befolgbarer Regeln benutzt werden kann, ohne dass Einsicht in die der Regel zugrundeliegenden Wirkungszusammenhänge nötig wäre. Damit fehlt unserem Wissen die schlichte Instrumentalität, die es – um eine Metapher von Niklas Luhmann zu borgen – der Praxis gleichsam erlauben würde, ihr Ziel im Blindflug zu erreichen (Luhmann, S. 17).

Mit der Komplexität der Zusammenhänge in einem politischen Handlungsfeld wächst natürlich auch die Unsicherheit der Aussagen, die wir machen. Das gilt besonders für die von der Politik oft gewünschten Aussagen über die wahrscheinliche Wirkung bestimmter politischer Massnahmen oder auch eines neuen Gesetzes. Aus vielen verfehlten Prognosen wissen wir selbst nur allzu gut, dass sozialwissenschaftliche Aussagen über die komplexen Probleme der Politik, sofern sie überhaupt hinreichend präzise sind, um Handlungsanweisungen daraus ableiten zu können, oft ein hohes Mass an kognitiver Unsicherheit besitzen. Der Sozialwissenschaftler selbst, der nicht erst seit Popper, sondern schon seit Comte weiss, dass die Bestätigung unserer Hypothesen immer nur vorläufig ist, wird von dieser kognitiven Unsicherheit weniger berührt als der politisch Handelnde, der auf der Basis eines solchen Wissens Massnahmen ergreifen soll. Mit der fehlenden kognitiven Sicherheit über einen Zusammenhang – z.B. über die Ursachen des Terrorismus oder der Arbeitslosigkeit – büssen die Aussagen des Wissenschaftlers ihren zwingenden Charakter und eine eventuell darauf gestützte politische Massnahme an Legitimität ein. Da das natürlich auch den Anwendern nicht verborgen bleibt, sollte man sich über ihre gesunde Skepsis bei der Befolgung sozialwissenschaftlicher Ratschläge nicht wundern.

Trotzdem wäre es natürlich verfehlt, aus all dem zu schliessen, die Sozialwissenschaft könne *nichts* liefern, was unmittelbar brauchbar wäre. Allerdings scheint zwischen dem theoretischen Niveau des Wissensangebots und seiner direkten Brauchbarkeit oft eine inverse Relation zu bestehen. Unmittelbar brauchbar sind nämlich weniger unsere theoretischen Verallgemeinerungen als vielmehr konkrete quantitative Angaben über die Verbreitung bestimmter Verhaltensweisen oder auch Einstellungen. Quantitative Aussagen etwa über die Bevölkerungsentwicklung oder über die Entwicklung der Kriminalität werden von deutschen Ministerialbeamten denn auch zu den eher verlässlichen und damit brauchbaren sozialwissenschaftlichen Ergebnissen gerechnet. Ganz auf derselben Linie liegt es, wenn dieselbe Personen- gruppe mehrheitlich kritisiert, dass sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in der Regel zu wenig quantifiziert seien (Bruder, 1980, 64). Wenn man an die inzwischen schon fortgeschrittenen Bemühungen zur Entwicklung von Sozialindikatoren denkt, oder auch an quantitative Untersuchungen über den Wandel von Werthaltungen in der Bevölkerung, dann sollte im übrigen klar sein, dass brauchbares Datenwissen nicht mit der oft verteufelten soziologischen Fliegenbeinzählerei gleichgesetzt werden darf.

Der Grossteil dessen, was Soziologen produziert haben und weiter produzieren, fällt nun allerdings weder in die Kategorie der theoretischen Verallgemeinerun-

gen über Kausalzusammenhänge zwischen wenigen Variablen, noch in die Kategorie der statistisch gesicherten quantitativen Deskriptionen, sondern muss zu den sogenannten theoretischen Ansätzen gerechnet werden. Während eine Theorie ein System von realitätsbezogenen Aussagen ist, ist ein theoretischer Ansatz vor allem ein begrifflicher Orientierungsrahmen, die besondere Art, wie ein bestimmter Ausschnitt der Wirklichkeit wahrgenommen und dabei strukturiert wird<sup>6</sup>. Diese höchst anspruchsvolle Denkleistung wird in vielen Methodenlehrbüchern ganz zu Unrecht als bloße Vorphase der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit abgehandelt, die dann im Entwurf und der Prüfung von Kausalhypothesen bestehen soll. Die unbestreitbare intellektuelle Leistung eines Talcott Parsons oder seines Schülers Niklas Luhmann besteht z.B. ganz überwiegend in der Ausarbeitung eines höchst differenzierten analytischen Rasters für die ordnende Wahrnehmung sozialer Wirklichkeit. Beide sind deshalb auch vielfach kritisiert worden, sie hätten nicht mehr als eine komplexe Taxonomie, ein neues Sprachspiel entwickelt. Eine solche Kritik müsste schliesslich auch Max Weber treffen, der die Möglichkeiten nomologischer Erkenntnisgewinnung in den Kulturwissenschaften allgemein sehr vorsichtig, ja skeptisch beurteilte und dessen Werk über weite Strecken eine typisierende und kategorial ordnende Beschreibung sozialer Phänomene ist. Wer das als Erkenntnisleistung zweiter Ordnung ansieht, huldigt gewollt oder nicht einem technizistischen Wissenschaftsverständnis.

Es gibt noch eine weitere Eigenschaft des real existierenden soziologischen Wissens, die seiner instrumentellen Verwendung entgegensteht, nämlich seine Wertgebundenheit. Dabei meine ich keineswegs nur jene Soziologen, die sich offen und bewusst zum Advokaten bestimmter emanzipatorischer Werte machen und die Politik in diesem Sinne beeinflussen wollen. Wertgebunden sind vielmehr auch die Aussagen derjenigen unter uns, die sich dem Ideal wissenschaftlicher Objektivität verpflichtet fühlen<sup>7</sup>.

Das gilt zunächst einmal für unsere Themenwahl, und zwar nicht nur dann, wenn wir uns mit der Erforschung irgendeines handfesten sozialen Problems beschäftigen; auch Talcott Parsons' Wahl des allgemeinen Problems der sozialen Ordnung als Ausgangspunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit besitzt einen eindeutigen Wertbezug. Unsere Begriffe haben ebenfalls Wertbezüge, und zwar nicht etwa nur Begriffe wie Ausbeutung und sozialer Fortschritt, sondern auch scheinbar so abstrakte Begriffe wie soziale Integration, abweichendes Verhalten und berufliche Mobilität. Wir produzieren damit faktisch so etwas wie eine Weltanschauung im vollen Sinne dieses Wortes: wertbezogene Wahrnehmungsmuster ausgewählter Teile der Wirklichkeit, die damit implizit auch Handlungsaufforderungen enthalten. Der unabweisliche Wertbezug unserer Fragen und Begriffe und damit auch unserer Aussagen war auch Max Weber bewusst, der darin übrigens keinerlei

<sup>6</sup> Der Unterschied zwischen Theorien und theoretischen Ansätzen wird ausführlicher behandelt in den Beiträgen von J. Matthes und K.O. Hondrich, in der von beiden gemeinsam herausgegebenen Veröffentlichung von Vorträgen des 18. Deutschen Soziologentags, Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften, Neuwied, 1978.

<sup>7</sup> Hierzu ausführlicher Renate Mayntz (1977) S. 55-65.

Widerspruch zu der von ihm aufgestellten Norm der Werturteilsfreiheit sah. Was er verhindern wollte, war die Verwischung zwischen Werturteilen und Tatsachenaussagen, aber ihm war klar, dass auch die Tatsachenaussagen einer Wissenschaft, die es mit Kulturererscheinungen zu tun hat, schon durch die Art ihres Gegenstandes grundsätzlich immer einen Wertbezug haben. Sozialforschung, die sich mit Themen befasst, die denkbarerweise für den politisch Handelnden interessant sind – Bildung und soziale Mobilität, schichtspezifische Sozialisation, Faktoren der Arbeitszufriedenheit, Formen und Bedingungen politischer Partizipation etc. etc. – ist auf diese Weise politisch selbst dann nicht neutral, wenn in den Forschungsberichten keinerlei normative Aussagen der Art gemacht werden, Chancengleichheit, freie Persönlichkeitsentwicklung, Selbstverwirklichung und Mitbestimmung seien anzustrebende Handlungsziele. Es ist selbstverständlich, dass auch dies die Beziehung der Sozialwissenschaft zur politischen Praxis beeinflusst.

Wenn unser soziologisches Wissen, das real existierende Wissen, den ihm oft unterstellten oder auch von ihm geforderten instrumentellen Charakter nur in höchst eingeschränktem Masse besitzt, dann kann es kaum überraschen, dass das auch für die Art seiner Wirkungsweise gilt. Die Einwirkung soziologischen Wissens auf die Praxis geschieht nämlich nur teilweise – und vielleicht zum geringeren Teil – indem, dem instrumentellen Modell der Wissensverwendung entsprechend, der Politiker oder Administrator zur Lösung eines bestimmten Problems bewusst nach soziologischen Erkenntnissen greift und sie auf sein Problem anwendet. Ein solches direktes und explizites Einfließen gibt es auch, aber daneben übt die Sozialwissenschaft, ihre Begriffe, Theorien und Forschungsergebnisse einen diffusen und indirekten und doch sehr nachhaltigen Einfluss aus, der zum guten Teil über die Medien, aber auch z.B. über den Schulunterricht läuft und bis in alle Winkel des öffentlichen und privaten Lebens hineinreicht. Ich bin zwar nicht der Auffassung, die Herr Tenbruck in einem bei uns viel beachteten Aufsatz vortrug, dass die gleichsam per Diffusion vor sich gehende substantielle Soziologisierung aller Lebensbereiche ohne unser Wollen zu der von ihm als Gespenst an die Wand gemalten künstlichen, sozial-technisch geregelten Gesellschaft führen wird (Tenbruck, 1979, 6). Dennoch hat er im Prinzip recht, wenn er die Sozialwissenschaft als Lebensmacht bezeichnet, die auch dort wirkt, wo sie niemand im Sinne rationaler Wissensverwertung bewusst einsetzt. Wenn wir das als Soziologen bisher kaum zur Kenntnis genommen haben, obwohl wir als Privatpersonen dauernd mit den Wirkungen dieser ungesteuerten soziologischen Wissensdiffusion konfrontiert werden, dann hängt das mit unserer rationalistischen Grundeinstellung zusammen. Als Wissenschaftler auf die Norm der Rationalität verpflichtet, neigen wir dazu, die Verwendung von Wissen als einen rationalen Prozess zu sehen, obwohl uns doch als Soziologen klar sein müsste, dass Wissen im Alltagsleben zunächst und vor allem der Sinndeutung, der Interpretation von Ereignissen und der Definition und Umdefinition von Situationen dient. Das heisst dann auch, dass im Prozess indirekter Beeinflussung weniger das eine Rolle spielt, was wir etwa an gesicherter empirischer Theorie besitzen, als vielmehr die von der Sozialwissenschaft angebotenen wahrnehmungslenkenden Begriffe und weitreichenden spekulativen Deutun-



gen gesellschaftlicher Vorgänge. Auch quantitative Forschungsergebnisse geraten manchmal in diesen diffusen Einflussprozess, aber typischerweise als aus dem Zusammenhang gerissene Bruchstücke, deren Interpretation den Sozialforschern oft die Haare zu Berge stehen lässt.

Für das politische Handeln ist diese diffuse, ungesteuerte Wirkung soziologischen Wissens in einer doppelten Weise bedeutsam. Zunächst einmal unterliegen nämlich auch die politisch Handelnden, Politiker und Ministerialbürokraten, neben und unabhängig von der absichtsvollen Verwendung soziologischer Forschungsergebnisse diesem diffusen Einflussprozess. Ob sie wollen oder nicht, sie hören immer wieder bestimmte Begriffe, Thesen, Behauptungen, und das geht unvermutet und unvermeidlich in ihre Wahrnehmung, ihr Alltagswissen ein, das für ihr Tun und Lassen am Ende mindestens so bedeutsam ist, wie alle etwa absichtsvoll gesuchten und herangezogenen Informationen. Zweitens beeinflusst die Verbreitung soziologischen Wissens das politische Handeln des Laienpublikums – sicher nicht überall in gleichem Masse, aber wer wollte z.B. die grosse Bedeutung übersehen, die sozialwissenschaftliches Gedankengut für die Entstehung, die Entwicklung und die politischen Forderungen der Studentenbewegung gehabt hat? Die von den protestierenden Studenten als Propheten in Anspruch genommenen Wissenschaftler wie z.B. Adorno und Marcuse mögen spätestens beim Übergang zu Gewaltakten jede geistige Vaterschaft und Verantwortung mit Nachdruck abgelehnt haben, von ihrer Position meines Erachtens auch zu Recht. Trotzdem wird damit für den Sozialwissenschaftler dasselbe ethische Problem aufgeworfen, vor dem etwa der Atomphysiker schon länger auf höchst dramatische Weise steht: wieweit ist er wirklich dafür verantwortlich, wenn sein Wissen, von anderen benutzt, unerwünschte Folgen zeitigt?

Aber wenden wir uns wieder der absichtsvollen und direkten Nutzung sozialwissenschaftlicher Ergebnisse durch Politiker und vor allem durch die Ministerialverwaltung zu. Auch hier entspricht die Wirklichkeit dem instrumentellen Modell der Wissensverwendung nur sehr zum Teil, und zwar obwohl die Anwender oft ausdrücklich ein instrumentell verwendbares soziologisches Wissen fordern. Das brachte ein hoher deutscher Ministerialbeamter einmal sehr drastisch in der Diskussion mit Sozialwissenschaftlern auf einem Kongress zum Ausdruck. "Wir brauchen keine neuen Theorien", sagte er, "sondern praktisches Rüstzeug".<sup>8</sup> Genau das kann die Disziplin aber nur in sehr eingeschränktem Masse liefern, während für das, was sie liefern könnte – theoretische Reflexionen, begriffliche Analyseraster, Hinweise auf Wirkungszusammenhänge – oft kein ausdrücklicher Bedarf besteht. Trotzdem benutzen die politisch Handelnden – vielleicht nolens volens – auch das, was wir an deskriptiven Daten, Situationsdiagnosen und mehr oder weniger spekulativen Interpretationen von Zusammenhängen zu bieten haben. Allerdings ist ein solches Wissen, sozusagen "soft social science", nicht unmittelbar entscheidungsrelevant. Seine Wirksamkeit liegt meist im diffusen

<sup>8</sup> Es handelt sich um eine Tagung zum Thema: Zukunftsorientierte Planung und Forschung für die 80er Jahre; vgl. den unter diesem Titel von Stephen J. Fitzsimmons u.a. herausgegebenen Tagungsband (1978) S. 258.

Vorfeld der politischen Programmentwicklung, wo sozialwissenschaftliche Problemanalysen und Zustandsbeschreibungen helfen können, Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Eine empirische Untersuchung in Österreich hat diesen Eindruck bestätigt: Karin Knorr fand dort, dass Sozialforschungsergebnisse eher in der Frühphase der Problemformulierung als in der Phase endgültiger politischer Entscheidung in den politischen Prozess eingehen (Knorr, 1977, 165-182).

In diesem Zusammenhang besitzt gerade die, wenn auch implizit bleibende, Wertbezogenheit der Sozialwissenschaft eine grosse Bedeutung, denn beliebige Ist-Zustände werden ja erst dann zum Problem, wenn man sie aus der Perspektive einer bestimmten Werthaltung betrachtet. So hat z.B. die Bildungssoziologie durch den empirischen Nachweis bestehender Bildungsbarrieren die Politik auf lösungsbedürftige Probleme aufmerksam gemacht und dabei gleichzeitig implizit den ja keineswegs von ihr erfundenen, aber doch ihre Themenwahl bestimmenden Wert von Bildung als Bürgerrecht unterstrichen. Die Sozialforschung kann somit recht unmittelbar konkrete politische Zielsetzungen beeinflussen, ohne dieses ausdrücklich anzustreben. Zum Teil funktioniert sie dabei auch als Advokat von Gruppen und Interessen, die sich nicht auf die Vertretung durch mächtige Verbände stützen können. Je sensibler die Sozialwissenschaft mit der Wahl ihrer Themen auf das reagiert, was sich in der Bevölkerung als ein oft vages Unbehagen zeigt, umso eher kann sie für die Politik zugleich als eine Art Frühwarnsystem wirken. In der Bundesrepublik ist dafür das plötzlich von vielen Wissenschaftlern aufgegriffene Thema der Staatsverdrossenheit, das inzwischen den Gesetzgeber bereits zu Reformprogrammen im Interesse einer bürgernahen Verwaltung veranlasst hat, ein gutes Beispiel.

Die eben berührten Funktionen der Sozialwissenschaft im politischen Prozess setzen im übrigen nicht voraus, dass Gutachten oder besondere Untersuchungen in Auftrag gegeben werden. Der Einfluss, den soziologisches Wissen im Vorfeld politischer Entscheidungen ausübt, ist oft eher indirekter Natur. Das allerdings merkt der Sozialforscher häufig nicht, der auf ein unmittelbares Echo, auf sichtbare Folgen des Berichts wartet, den er geschrieben oder an dem er mitgearbeitet hat. Das unmittelbare Echo und die sichtbaren, eindeutig zurechenbaren Folgen sind schlechte Indikatoren des tatsächlich ausgeübten Einflusses, der sehr oft später und an ganz anderer Stelle wirksam wird, als man zunächst vielleicht erwarten mochte. Deshalb sollte der beratend tätige Sozialwissenschaftler auch nicht über die scheinbar geringe Wirkung seiner Arbeit enttäuscht sein. Erstens sind die Wirkungen gar nicht so gering, wenn man indirekte Auswirkungen und Fernwirkungen berücksichtigt, also z.B. auch Prozesse des Umdenkens und längerfristigen Lernens, zu denen man auf diese Weise beiträgt. Dieser Lernprozess beginnt übrigens oft schon, ehe das fertige Untersuchungs- oder Beratungsergebnis dem Auftraggeber auf den Tisch gelegt wird. Ein zweiter wichtiger Grund, warum der Sozialwissenschaftler eigentlich nicht enttäuscht, ja nicht einmal verwundert sein sollte, wenn seine Diagnosen und Ratschläge nicht unmittelbar in praktisches Handeln umgesetzt werden, liegt in der eigentümlichen Rationalität des politischen Prozesses. Nur wer sich politische Entscheidungsprozesse nach dem Modell der

rationalen Entscheidungstheorie ablaufend vorstellt, kann meinen, es käme beim politischen Handeln primär auf die instrumentelle Verarbeitung und Umsetzung von Wissen an. Der Sozialwissenschaftler weiss aber doch eigentlich, dass es bei politischen Entscheidungen nicht nur auf die wirkungsvolle Lösung von Sachproblemen ankommt, sondern u.a. auch auf Schnelligkeit, die Schonung knapper Mittel, die Vermeidung unnötiger Konflikte, die Chance, Freunden und Partnern einen Vorteil zuzuwenden und, last not least, um die politische Selbsterhaltung. Der politisch Handelnde möchte Wissen zwar als Hilfsmittel benutzen, aber nicht nur als Entscheidungshilfe für sachgerechte Problemlösungen. Gemessen an den tatsächlichen Rationalitätskriterien politischer Entscheidungen ist die oft berufene Alibifunktion, die Verwendung wissenschaftlicher Ratschläge zur Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen oder auch zum Aufschieben einer Entscheidung völlig rational; dasselbe gilt für die Verwendung wissenschaftlicher Gutachten als Munition in der politischen Auseinandersetzung oder um dem Bürger zu demonstrieren, wie sich die Regierung um richtige Lösungen bemüht. Der Sozialwissenschaftler kann sich darüber eigentlich nicht als Wissenschaftler, sondern höchstens aus der normativen Überzeugung heraus aufregen, dass Politik ganz anders sein sollte, als sie ist.

Allerdings tragen die politisch Handelnden mit dem, was sie in der Öffentlichkeit sagen, sehr viel zur Verbreitung des Missverständnisses über den Charakter des politischen Prozesses bei. Politische Entscheidungen müssen um ihrer Legitimität willen durch Bezug auf konsensfähige, d.h. allgemeine Werte universalistisch gerechtfertigt werden, auch wenn sie tatsächlich durch höchst partikularistische Interessen begründet sind. Deshalb wird in der Politik offiziell immer nur von Sachproblemen und sachlichen Zielen geredet. Für den Sozialwissenschaftler als Berater ergibt sich daraus die Notwendigkeit, herausfinden zu müssen, worum es bei einer anstehenden politischen Entscheidung tatsächlich geht, weil seine Empfehlungen sonst leicht ins Leere stossen und als für die eigentliche Entscheidung irrelevant unbeachtet bleiben.

Wenn der Soziologe auch dort, wo er nur die Rolle des neutralen Wissensvermittlers spielen möchte, mit der Wahl seiner Themen und mit den Ergebnissen seiner Untersuchungen zumindest implizit Stellung bezieht für bestimmte Entscheidungen und sich damit in den politischen Zielsetzungsprozess einmischt, während Politiker und Ministerialbeamte sein Wissen eigentlich nur instrumentell nutzen möchten, dann ist damit ganz klar der Boden bereitet für einen fundamentalen Konflikt. Tatsächlich erkennt man den Charakter der Beziehung zwischen Wissenschaft und politischer Praxis grundsätzlich, wenn man darin vor allem die Vermittlung kognitiver Inhalte und nicht den Machtkampf sieht, die Auseinandersetzung um Einfluss und Prestige. Wenn der Politiker den Wissenschaftler unter Berufung auf die Norm der Objektivität und Wertfreiheit, auf die Rolle des Zulieferers instrumentell verwendbaren Wissens festlegen will, dann tut er das sicher nicht nur, weil er von den methodologischen Regeln des Neopositivismus überzeugt ist, sondern weil er auf diese Weise die einflussreichen Funktionen der Zielsetzung und Massnahmenwahl für sich allein reservieren kann. Dabei spürt er sehr wohl,

dass die Sozialwissenschaftler die ihnen zugemutete Rolle gar nicht spielen, und zwar nicht nur, wenn sie aus eigener politischer Überzeugung als eine Art Lobby für soziale und liberale Werte operieren, sondern eben auch dann, wenn sie nichts weiter zu tun meinen, als ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. In manchen Situationen, wo er sich seines Wissens und seiner Situationsdiagnose ganz sicher ist, ist für den Wissenschaftler auch die Verführung recht gross, sich als Technokrat zu gebärden, der der Praxis den von ihm erkannten Sachzwang vermittelt und dessen Ratschläge jeder vernünftige Mensch deshalb auch befolgen muss. In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis aus der sozialpsychologischen Kleingruppenforschung interessant. Experten neigen offenbar in der Interaktion mit Praktikern dazu, ihren Anspruch auf überlegenes Wissen zu generalisieren; gleichzeitig macht offenbar das Bewusstsein eigenen überlegenen Wissens in der Interaktion mit anderen selbstbewusst und anmassend (Lerner, 1976, 81). Aber auch abgesehen von solchen Stilfragen des Umgangs bleibt der Anspruch auf Fügsamkeit, den der Wissenschaftler aus seiner vermeintlich besseren Einsicht ableitet, soziologisch gesehen ein Herrschaftsanspruch – und das wird von der anderen Seite auch genauso empfunden.

Ich komme zum Schluss meiner Überlegungen über die Beziehung zwischen Sozialwissenschaft und politischer Praxis. Wenn man das anfangs skizzierte Modell einer instrumentellen Beziehung von Wissenschaft zu Praxis als Norm bejaht, dann läuft viel von dem, was ich gesagt habe, auf die Feststellung hinaus, dass Norm und Wirklichkeit einander eben nicht entsprechen – eine typisch soziologische Art der Analyse, die ja unserer ganzen Wissenschaft den Anstrich des Aufklärerischen gibt. Max Webers Hinweisen auf die Möglichkeit wissenschaftlicher Wertediskussion folgend, braucht man es bei einer solchen Feststellung aber nicht bewenden zu lassen, sondern kann fragen, ob es denn am Ende überhaupt wünschenswert wäre, wenn die Wirklichkeit dem Modell näher käme. Wäre soziologisches Wissen nützlicher, wenn es leichter instrumentell verwendbar wäre, wäre ein Zustand wünschenswert, in dem politisches Handeln systematisch auf Wissen über berechenbare Kausalzusammenhänge gestützt wird? Ich glaube, man sollte vorsichtig sein, diese beiden Fragen ohne Einschränkung zu bejahen. Leider hat Max Weber die Wissenschaft nicht systematisch in seine Analyse der Entwicklung und Eigenart des abendländischen Rationalismus einbezogen, obwohl an verschiedenen Stellen deutlich wird, dass die Scientifizierung, das Wachstum und die zunehmende praktische Anwendung von Wissenschaft für ihn eine Komponente dieses Prozesses ist. Damit müsste aber auch die Wissenschaft teilhaben an der von Weber für die Bereiche Recht, Wirtschaft und Politik konstatierten Tendenz zum Auseinanderfallen von formaler und materialer Rationalität, von verkürzter Zweckrationalität und Vernunft. Sicheres Kausalwissen und genaue Situationskenntnis können politisches Handeln formal rationaler mache, aber das kann eben unter Umständen auch heissen, das Verwerfliche, das Unverantwortliche wirkungsvoller zu tun. Auf dem Hintergrund solcher Überlegungen mögen gerade jene Merkmale unserer Wissenschaft eine neue und positive Bedeutung gewinnen, die für den Anhänger des instrumentellen Modells eher



ein Makel sind, nämlich vor allem seine Wertbezogenheit und sein im ursprünglichen Wortsinn welt-anschaulicher Charakter, seine Orientierungs- und Sinn-deutungsfunktion. Die Sozialwissenschaft, diese existierende Sozialwissenschaft jedenfalls, ist in gewisser Weise ein Teil Praxis; sie sollte versuchen, die Rolle, die sie im politischen Prozess tatsächlich hat, noch bewusster und nachdrücklicher zu spielen. Das allerdings zwingt auch den Sozialwissenschaftler, die Verantwortung für die direkten und mittelbaren Folgen seines Tuns zu bedenken und sich damit unter die Normen der Weberschen Verantwortungsethik zu stellen.

## BIBLIOGRAPHIE

- BRUDER, W. (1980), "Sozialwissenschaften und Politikberatung" (Westdeutscher Verlag, Opladen).
- Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg) (1975), "Bundesbericht Forschung V" (Bonn).
- FITZSIMMONS, S.J. u.a. (1978), "Zukunftsorientierte Planung und Forschung für die 80er Jahre" (Athenäum, Königstein/Ts.).
- GREIFFENHAGEN, M. & PRÄTORIUS, R. (Hg) (1979) "Ein mühsamer Dialog – Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft" (Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt).
- HABERMAS, J. (1966), Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, *Forschungsplanung* (Krauch, H., Hg) Oldenbourg, München/Wien).
- HABERMAS, J. (1968), Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, *Technik und Wissenschaft als Ideologie* (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- KNORR, K.D. (1977), Policymakers' Use of Social Science Knowledge – Symbolic or Instrumental?, *Using Social Research in Public Making* (Weiss, C., Ed.) (D.C. Heath, Lexington, Mass.).
- KUDERA, S. (1976) "Wissenschaft und planende Verwaltung – Zur Organisation des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland" (Aspekte Verlag, Frankfurt/München).
- LERNER, A.W. (1976), "The Politics of Decision Making" (Sage, Beverly Hills).
- LUHMANN, N. (1977), Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften, *Interaktion von Wissenschaft und Politik* (Wissenschaftszentrum Berlin, Hg) (Campus Verlag, Frankfurt/M.).
- MATTHES, J. & HONDRICH, K.O. (Hg) (1978), "Vorträge des 18. Deutschen Soziologentages – Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften" (Luchterhand, Neuwied).
- MAYNTZ, R. (1977), Sociology, Value Freedom, and the Problems of Political Counseling, *Using Social Research in Public Policy Making* (Weiss, C. Ed.) (D.C. Heath, Lexington, Mass.).
- NEIDHARDT, E. (1979), Praxisverhältnisse und Anwendungsprobleme der Soziologie, *Kölner Z. Soziol. Sozialforsch., Sonderheft 21* (1979) 324-342.
- OECD (Hg) (1977), "The Utilization of the Social Sciences in Policy Making" (Paris).
- TENBRUCK, F.H. (1979), Die Gesellschaftswissenschaften stürzen die Gesellschaft ins Abenteuer, *Frankfurter Allg. Z.*, 9.3.1979, S. 6.
- WEBER, M. (1956), Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, und, Der Sinn der 'Wertfreiheit' der Sozialwissenschaften, "*Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik*" (Alfred Kröner, Stuttgart) 186-310.
- WEISS, C.H. (Hg) (1977), "Using Social Research in Public Policy Making" (D.C. Heath, Lexington, Mass.).
- Wissenschaftszentrum Berlin (Hg) (1977), "Interaktion von Wissenschaft und Forschung" (Campus Verlag, Frankfurt/M.).